
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung gemeinsam mit dem Haupt- und Personalausschuss zum Haushalt 2025 am 08.01.2025

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:46 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Laurens Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung und Herr Oberbürgermeister Dr. Reck, Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses, begrüßen die Ausschussmitglieder, Beigeordneten und Gäste zur Sitzung. Sie stellen die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit im Haupt- und Personalausschuss mit 9 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern sowie im Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung mit 8 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Herr Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, kritisiert, dass der Tagesordnungspunkt 5.2 inhaltlich nicht in den Sitzungsunterlagen hinterlegt wurde. Somit ist theoretisch eine ordnungsgemäße Ladung nicht gegeben.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Abstimmungsergebnis:

Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung: 07:00:01

Haupt- und Personalausschuss:

09:00:00

3 **Genehmigung der Niederschrift vom 06.11.2024**

Es werden keine Einwendungen hervorgebracht.

Abstimmungsergebnis:

Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung:

07:01:00

Haupt- und Personalausschuss:

09:00:00

4 **Einwohnerfragestunde**

Herr L. Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, gibt bekannt, dass Anfragen eingereicht wurden, welche schriftlich von der Verwaltung beantwortet werden.

Während des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Rumpf, Fraktion CDU, zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich im Haupt- und Personalausschuss auf 10 stimmberechtigte Mitglieder sowie im Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung auf 9 stimmberechtigte Mitglieder.

5 **Beschlussfassungen**

5.1 **Haushaltssatzung 2025, Haushaltsplan 2025, Stellenplan 2025 Vorlage: BV/421/2024/II-20**

Es besteht die Einigkeit, dass die Tagesordnungspunkte 5.1 und 5.2 gemeinsam beraten werden.

Frau Wirth, Leiterin des Amtes für Stadtfinanzen, führt in die Thematik ein. Die Präsentationen sind der Niederschrift als Anlage 1 – Eckpunkte des Ergebnishaushaltes sowie Anlage 2 – Eckpunkte des Haushaltes 2025 Investitionen beigefügt.

Folgende Wortmeldungen werden hervorgebracht:

Herr Fricke, Fraktion SPD, möchte erfahren wieso die Stadtverwaltung die Liste mit den beschlossenen Stadtratsbeschlüssen im Haushaltsentwurf außen vorgelassen hat sowie wie die Verwaltung bestimmen kann, was an beschlossenen Maßnahmen in den Haushaltsentwurf kommen kann und was nicht.

Frau Wirth erläutert, dass nur Maßnahmen aufgenommen werden können, wenn Mittelanmeldungen vorliegen. Sie weist darauf hin, dass der maximale Konsolidierungszeitraum neun Jahre bei einer Konsolidierung beträgt. So muss geschaut werden, welche Einsparungen in diesem Zeitraum getätigt werden. Ferner muss überlegt werden, welche Leistungen eventuell ab 2029 getätigt werden können. Es muss darüber nachgedacht werden, welche Maßnahmen, soweit sie angemeldet sind, aufgenommen werden sollen und wo an einer anderen Stelle konsolidiert werden muss.

Herr Ratzmann, Fraktion AfD, möchte wissen, wieso in der Präsentation der Anlage 2 das Städtische Klinikum in den Jahren zuvor mit der „0“ beziffert wird.

Frau Wirth erklärt, dass in den Jahren zuvor kein Verlustausgleich an das Städtische Klinikum gezahlt wurde. Bisher hat das Städtische Klinikum die Verluste über die Rücklagen aus den Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses selbst gedeckt.

Herr Dreibrodt, Fraktion Freies-Bürger-Forum, hinterfragt den Investitionspunkt „Brandschutz Gerätebau“. Er möchte wissen, warum ein Extrabereich für die Freiwillige Feuerwehr Rodleben existiert.

Frau Wirth erklärt, dass die Stadt Dessau-Roßlau mit verschiedenen Produkten arbeitet, z. Bsp. ein Produkt für die Freiwillige Feuerwehr und ein Produkt für die Berufsfeuerwehr. Die Ortschaft Rodleben hat durch die örtliche Verwaltung ein eigenes Produkt.

Herr H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, fragt an, weshalb die Stadtverwaltung keine Gelder mehr für ein Depot eingestellt hat, obwohl man dazu zwingend verpflichtet ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass die offenen Fragen zum Haushalt erst einmal in Gänze geklärt werden müssen. Weiterhin muss definiert werden, wie es künftig in den verschiedenen Bereichen weitergeht. Unter dem Aspekt schien es der Stadtverwaltung nicht sinnvoll Planungsansätze für den Depot-Neubau aufzunehmen.

Herr Stadtrat Fricke bittet um eine Erklärung, was der Zuschuss an die Dessauer Wohnungsbaugesellschaft (DWG) mit der Bundesgartenschau (BUGA) zu tun hat.

Frau Wirth erklärt, dass der Zuschuss an die DWG als mittelbare BUGA-Maßnahme qualifiziert ist, weil sich die Umsetzung an den BUGA-Flächen bzw. an den angrenzenden Flächen befindet.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck ergänzt, dass im Kontext der Bürgerveranstaltungen darauf hingewiesen wurde, dass eine Investition in die angrenzenden DWG-Liegenschaften im Zusammenhang sinnvoll ist. Weitere Maßnahmen ergeben sich künftig aus dem Umsetzungskonzept.

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, führt in die Thematik der Haushaltskonsolidierung ein. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

Während des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Dr. Hofmann, Fraktion CDU, zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses verbleibt bei 10 stimmberechtigten Mitglieder.

Folgende Wortmeldungen werden hervorgebracht:

Herr Eichelberg, Fraktion SPD, hinterfragt, um welches Jagdschloss es sich in der Anlage handelt.

Frau Wirth erklärt, dass es sich um das Burg-Ensemble im Ortsteil Roßlau handelt und nicht um das Jagdschloss Haideburg.

Herr Picek, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, bittet um die Überarbeitung der Unterlagen, dahingehend, dass hinter jedem Anstrich bzw. jeder Box die potenzielle Einsparmaßnahme sowie die Gesamtersparnis unter den Erträgen und Aufwendungen vermerkt wird. Ferner thematisiert er die Transferaufwendungen in Höhe von 152 Mio. Euro (Seite 6). Auf der Seite 8 werden diese aufgesplittet dargestellt. Nach seiner Berechnung ergeben die beide Beträgen nicht dieselbe Summe. Er möchte den dafür vorliegenden Grund erfahren. Weiterhin bittet er im Rahmen der Haushaltskonsolidierung um Priorisierungsvorschläge der Investitionen mit Effizienzsteigerungen, bspw. PV-Anlagen.

Frau Wirth erläutert, dass die 152 Mio. Euro die Gesamtsumme darstellen. Auf den Folgeseiten wurden einzelne, größere Bereiche, bspw. Sozialleistungen, Gewerbesteuerzulagen, etc. herausgezogen.

Herr George, Bündnis 90/Die Grünen, thematisiert die Bündelung zu den Angeboten zur Suchtberatung und Erziehungsberatung. Er hinterfragt wie die Bündelung stattfinden soll.

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass zuerst hinterfragt werden muss, wie die Aufgabenerledigung erfolgen kann. Weiterhin informiert er, dass die Stadt Dessau-Roßlau vom Land Sachsen-Anhalt Zuschüsse erhält, welche die getätigten finanziellen Leistungen der Stadt nicht decken. Die Aufgabenkritik stellt den größten Einzelposten in Summe dar.

Herr Stadtrat Fricke bittet darum, dass die entsprechende Beschlussvorlage den Stadträten per Mail zugesendet wird.

Herr L. Nothdurft, Fraktion AfD, hinterfragt, inwiefern der Posten für die Bundesstraße 184 i. H. v. 17,8 Mio. Euro im Investitionshaushalt noch anfällt, da eine Übernahme der Bundesstraßen erfolgte.

Frau Wirth erklärt, dass der vorgezeigte Plan den Stand vom November aufzeigt und somit noch Änderungspotenzial aufweist. Sie geht davon aus, dass das Land Sachsen-Anhalt den Bau der Bundesstraße 184 finanziert, weshalb diese Baumaßnahme noch nicht im Etat hinterlegt ist.

Herr Stadtrat Picek hinterfragt, ob die Amtsleiter sowie die Eigenbetriebe proaktiv in den Konsolidierungsprozess eingebunden sind.

Herr Beigeordneter Ulbrich informiert, dass alle Amtsleiter in den Prozess eingebunden und entsprechend aufgefordert waren, Vorschläge zu unterbreiten.

Herr H. Stadtrat Weber bittet den Oberbürgermeister, inhaltlich zum Städtischen Klinikum auszuführen bzw. zu erörtern, was konkret unternommen wird, um die vorliegende Situation zu verbessern.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass im Rahmen der Beschlussfassung des Haushaltes 2025 auch der Wirtschaftsplan des Städtischen Klinikums beraten und beschlossen wird, welcher dann ein Teil der Haushaltssatzung ist. Er stimmt Herrn Stadtrat Weber zu, dass dies eine Pflichtaufgabe darstellt, aber eine Aussage des Landes Sachsen-Anhalt besagt, dass die Pflichtaufgaben einen Mindeststandard darstellen. Was darüber hinausgeht, ist eine freiwillige Leistung. Bisher gibt es keine Aufarbeitung, ab wann eine Abgrenzung zwischen Pflichtaufgaben und Mindeststandard erfolgt. Er weist darauf hin, dass er dort deutlich mehr als 1 Mio. Euro Potenzial sieht.

Nach einer weiteren Aussprache werden die beiden Beschlussvorlagen zurückgestellt.

Die Wortmeldungen wurden im Tagesordnungspunkt 5.1 protokolliert.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr George, Fraktion Bündnis90/ Die Grünen, thematisiert das Defizit in Höhe von 2,4 Mio. Euro im Jahr 2025 des Eigenbetriebes DeKiTa. Er möchte erfahren, wie die Stadtverwaltung dies ausgleichen will.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, erläutert, dass verwaltungsinterne Abstimmungen getroffen worden sind. Es wurde veranlasst, dass das Defizit nicht mehr in der genannten Höhe besteht. Weiterhin teilt sie mit, dass die ausgewiesenen Defizite aus dem Wirtschaftsplan im vergangenen Jahr vom Jugendamt gezahlt wurden.

Herr Stadtrat George möchte wissen, ob es bei dieser Summe nicht eines Beschlusses des Fachausschusses bzw. des Stadtrates bedarf.

Frau Beigeordnete Hachmann erklärt, dass kein Beschluss benötigt wird. Und sie die Auszahlung festgelegt hat.

Frau Wirth, Leiterin des Amtes für Stadtfinanzen, ergänzt, dass wenn solche Auszahlungen geplant sind und man sich dann im Rahmen des geplanten Ansatzes bewegt, kein separater Beschluss für die Auszahlung benötigt wird.

Herr Dreibrodt, Fraktion Freies-Bürger-Forum, fordert die Auslegung des Amtsblattes im Roßlauer Rathaus. Demnächst werden die Amtsblätter nicht mehr in die Briefkästen mit der Aufschrift „keine Werbung“ verteilt, daher ist die Auslegung in der o. g. Örtlichkeit umso wichtiger.

Herr Diederich, Fraktion AfD, berichtet von Vorfällen in den Wohneinheiten der Wagner-Passage. Dort werden die ansässigen älteren Bewohner seit längerer Zeit von Jugendlichen mutwillig verängstigt. Folgende Sachverhalte wurde bereits festgestellt: Zerstörung von Briefkästen, verängstigendes Türklopfen, Abriss von Türklingeln, urinieren in den Gängen sowie Zündung von Feuerwerkskörpern. Er möchte erfahren, ob die Möglichkeit besteht, dahingehend den Stadtordnungsdienst zu sensibilisieren.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, berichtet, dass seiner Kenntnis nach sich die Wagner-Passage im Privatbesitz befindet. Somit obliegt grundsätzlich die Sicherheit dem Eigentümer bzw. dem jeweiligen

Vermieter der Einheiten. Ferner bietet er an, dass der Stadtordnungsdienst im öffentlichen Bereich drumherum verstärkt Kontrollen durchführen wird.

Nachdem Tagesordnungspunkt wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

8 Schließung der Sitzung

Herr Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die gemeinsame Sitzung um 18:46 Uhr.

Dessau-Roßlau, 29.01.25

Laurens Nothdurft
Vorsitzender Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und
moderne Verwaltung

Schriftführer